TERMINAL TRIBUNE
INK & IRON, BÜRO 404

Samstag, 28. November 2026 WOCHENENDAUSGABE · WOCHE 48 Ausgabe frei Haus

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

879.000 KI-Chips an chinesische Militärfirmen: Senat stellt Commerce zur Rede

Ada Voss · 26. November · Meldung

Die Zahl steht in den Akten, und sie ist zu groß für Zufall.

Das House Foreign Affairs Committee hat am Donnerstag vertrauliche Exportlizenz-Unterlagen freigegeben. Das Commerce Department hat mehr als 879.000 fortgeschrittene KI-Chips für chinesische Käufer genehmigt, exakt 879.868 Stück. Unter den Empfängern: Organisationen, die das Pentagon selbst als chinesische Militärunternehmen führt, eine Liste, die Juristen als Section 1260H kennen. Genehmigt wurden Nvidias H200 und AMDs vergleichbare MI325X. Stand der Freigaben: der 11. Mai.

Die Anträge liefen über 3,4 Millionen Chips. 150.000 Stück gingen an Tencent und seine Tochterfirmen, 75.000 an Alibaba, 43.000 an Baidu, 4.000 an den Autobauer BYD. Der Ausschuss erklärte, die Zurückhaltung der Lizenzinformationen durch Commerce sei "contrary to the national interest", dem nationalen Interesse zuwider.

Die Zahlen sind kein Wunder, wenn man weiß, wo die Messlatte liegt. Die Washingtoner Regeln greifen nicht beim einzelnen Prozessor, sondern bei der Leistungsdichte eines Verbunds und bei der Bandbreite, mit der die Chips in einem Rechenzentrum miteinander sprechen. Wer einzeln kauft, kommt darunter durch. Wer 40.000 Stück bestellt, baut eine Anlage.

Genau darum zog ein Antrag die Aufmerksamkeit der Abgeordneten auf. Im April bat Nvidia um die Freigabe für mehr als 40.000 H200-Chips für die New Century Lettall Data Service. Die Firma hängt an einem Netzwerk um Megaspeed und an Alice Huang, der mutmaßlichen chinesischen Spionin, die mit Nvidias früherem Chef Jensen Huang eine Affäre hatte. Die Eigentümerstruktur der New Century führt zu einem Investmentfonds, kontrolliert von Huangs Schwester; deren Mann Kang Wei, der Jensen Huang erst kennenlernte, war dort Executive Director.

Und der Fall steht nicht allein da. Drei weitere Firmen fielen den Abgeordneten auf: Maginfra, Beijing New Matrix Information Technologies und Aivres Systems. In Nvidias Anträgen tauchen sie als mögliche Betreiber von Rechenzentren auf. Aivres ist Tochter einer sanktionierten chinesischen Firma, die Milliarden Dollar an fortgeschrittenen Nvidia-Chips über Megaspeed ausgeführt hat. Reporter der New York Times, die die in den Anträgen genannten chinesischen Büros von Maginfra und New Matrix aufsuchten, fanden leere

IN DIESER AUSGABE

PHARMA & MEDIZIN
?379 Crore gegen eine wachsende Bürokratie

KRISEN & KONFLIKTE
Teenager rastern, der Sohn des Richters wird freigelassen

KRISEN & KONFLIKTE
Die falsche Quote als politischer Treibstoff

PHARMA & MEDIZIN
Der gemeinsame Einkauf, die ungleiche Rechnung

PHARMA & MEDIZIN
Der Vektor, die Zelllinie und das Vertrauen

PHARMA & MEDIZIN
Spikevax: Zehn Prozent zurück, die Beweiskette offen

PHARMA & MEDIZIN
CRISPR ist zugänglich. Die Kontrolle nicht

PHARMA & MEDIZIN
Impfstoffplan 2026: Betrug bekämpfen, Haftung verstecken

PHARMA & MEDIZIN
Fünf Konzerne, eine Tabelle, eine Beweislücke

PHARMA & MEDIZIN
Risperidon: Das Medikament hinter dem Pflegeheim

PHARMA & MEDIZIN
Metformin: Der Filter zeigt, wo die Verantwortung verschwindet

Räume. Niemand vor Ort kannte die Namen.

Jetzt kommt der Senat ins Spiel, und er kommt nicht höflich. John Kennedy sagte im Gespräch mit Meet the Press, es sehe ihm danach aus, dass das Department der Kommunistischen Partei Chinas gestattet habe, die Exportkontrollen zu umgehen: entweder habe niemand dort gewusst, was er tue, "so incompetent you wouldn't put them in charge of a food truck", oder die Dinge seien wissentlich passiert. Incompet hält er für unwahrscheinlich. Er wolle Lutnick und Bessent vor ein Komitee, unter Eid, und: "if Secretary Lutnick is giving our chips away, he needs to stop it."

Bessent hat währenddessen wiederholt auf Commerce gezeigt. Treasury, das Handelsministerium, der Handelsrepräsentant und State seien seit Monaten dafür gewesen, Megaspeed, den singapurischen KI-Cloud, auf die Sperrliste zu setzen. Commerce habe sich geweigert. Lutnick wird am 10. Dezember vor dem Senate Banking Committee erwartet. Jensen Huang, nach dem Skandal abgelöst und inzwischen wieder im Amt, soll am 3. Dezember zu Exportkontrollen aussagen, zuvor am 1. Dezember hinter verschlossenen Türen. Chuck Schumer wirft Huang vor, "extrem fortgeschrittene Chips nach China" geliefert und US-Exportrecht gebrochen zu haben. Chris Van Hollen hat zugleich Nvidias 25 Millionen Dollar für Trumps Ballroom-Projekt in die Kritik gezogen.

Und hier kommt die zweite Hälfte der Rechnung, die Washington nicht auf den Draht bekommt. Seit 2022 hat Xi Jinping als Generalsekretär mindestens 100 hochrangige Militärbeamte aussortiert, wie ein Februarbericht des Center for Strategic and International Studies bilanzierte; seither kamen weitere Fälle hinzu, und die Zahl der Absetzungen und Verschwindenlassungen hat in den vergangenen zwei Jahren deutlich zugenommen. Betroffen waren unter anderem General Zhang Youxia, General Liu Zhenli und Zhong Shaojun, zuvor Leiter des Generalbüros der Zentralen Militärkommission. Vielen der Betroffenen wurde Korruption vorgeworfen, einige müssen sich vor Gericht verantworten.

Die Sperrlisten führen Firmen. Chinas Führung führt Menschen. Und die Menschen verschwinden.

Yun Sun, Direktor des China-Programms am Stimson Center, sieht-politische Loyalität zum obersten Führer über professionelle Kompetenz gestellt; der Einschüchternungseffekt lasse niemanden sicher, gleich welchen Ranges oder welcher Nähe zur Spitze, Vertrauen und Moral seien stark gefallen. Chinas Militär bleibe eine formidable force, getragen von moderner Hardware. Doch der Wiederaufbau des Generaloffizierskorps brauche Zeit, noch mehr Zeit, um Vertrauen zu stabilisieren und das Befehls- und Kontrollsystem zu normalisieren. Die Säuberungen hätten die zivile Kontrolle über das Militär gestärkt, es sei im Prozess aber dennoch lahmgelegt worden. Jaehwan Lim von der Aoyama Gakuin University rechnet mit weiteren Runden.

All das geschieht in einem Moment, in dem Szenarien um Taiwan Sorgen machen. Eine Armee, die dauerhaft von Personalrotation und Korruptionsverfahren geprägt ist, hat keine verlässliche Befehlskette. Wer in diese Armee Rechenzentren mit H200 bestückt, liefert ihr die Rechenleistung, mit der Modernisierung verwaltet, geplant und simuliert wird.

Die Frage, die der Senat am 10. Dezember beantworten soll, ist deshalb keine Formalie. Hat Washington seine eigenen Regeln gebrochen, oder hat es die Lücke absichtlich offengehalten? Die Papiere belegen 879.868 genehmigte Chips, Empfänger von denen, deren Firmen nobody vor Ort kannte, ein Ministerium, das die Lizenzdaten zurückhielt. Sie belegen nicht, wer die Freigaben erteilte, ob die zuständigen Beamten die Pentagon-Listen tatsächlich abgeglichen haben und wer am Ende profitiert. "Wissentlich zugelassen" ist bisher ein Satz aus einem Fernsehstudio, keine Feststellung.

Am 10. Dezember wird es eine.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261126_0215_53727.html

PHARMA & MEDIZIN

?379 Crore gegen eine wachsende Bürokratie

Lena Rath · 25. November · Meldung

Die Zahl klingt nach Expansion: In Telangana sind an 26 staatlichen Medical Colleges 465 zusätzliche Postgraduate-Stellen entstanden. Die Zentralregierung genehmigte nach den Vorschlägen des Landes dafür ?379,29 crore unter dem Centrally Sponsored Scheme, im Mittel ?81,57 lakh je Stelle. Telangana steuert ?253 crore bei, insgesamt ?632 crore. Hinzu kommen ?108 crore für vier Colleges mit 110 zusätzlichen MBBS-Plätzen, davon ?64 crore vom Zentrum. Für Ausbildung fließt Geld. Die Finanzierung laufender Sicherheit bleibt ungeklärt.

Parallel verlagert die NMC Verantwortung in die Häuser. Jede medizinische Hochschule und Einrichtung soll ein Patientensicherheitskomitee oder eine -zelle bilden, eine Anlaufstelle benennen und deren Besetzung an das National Patient Safety Secretariat der DGHS melden. Vorsitzen soll der Direktor, der Institutsleiter oder der Medical Superintendent; Fachbereiche und Bereiche der Patientensicherheit sollen vertreten sein. Die elf erfassten Domänen reichen von Medikamenten- und Chirurgiesicherheit über Blut, Geräte, Diagnostik und Infektionsschutz bis zu Bau, Umwelt und AYUSH. Die Kommission verlangt damit ausdrücklich einen institutionellen Überwachungsmechanismus statt bloßer klinischer Checklisten. Offen bleibt, wer Budget, Personal, Haftung und unabhängige Prüfung trägt. Ohne zusätzliche Mittel landen die Kosten als Personalbindung, Aufschub oder Gebühren beim Patienten.

Dieselbe Verwaltungslogik greift im öffentlichen Raum. Telangana genehmigte Regeln für temporäre und hyperlokale Werbung in CURE. Je Ward soll ein Advertising Nodal Officer fünf bis zehn temporäre und 25 bis 50 hyperlokale Standorte identifizieren; der zuständige Deputy Commissioner genehmigt sie. Die Buchung erfolgt digital über MyCURE oder die Advertisement App, begleitet von QR-Code und Druckerkennung. Wer die Standorte kontrolliert, entscheidet faktisch über Sichtbarkeit und Einnahmen.

Noch dichter ist das neue Straßensicherheitsregelwerk. Der Ces fließt in einen nicht rückfallfähigen Fonds; der Chief Minister führt den Rat, der Transportminister ist sein Stellvertreter. Online-

Buchhaltung in allen Distrikten, verbindliche CAG-Prüfungen und das Hochladen in das Portal des Union-Ministeriums für den Supreme Court Committee on Road Safety sollen Transparenz schaffen. District Road Safety Committees sollen monatlich tagen, Polizei, Gesundheitswesen, Straßenbau, Bildung und kommunale Stellen nodal koordinieren, während die Polizeileitung für Straßensicherheit dem Landesrat unterstellt wird. Der CAG prüft die Rechnung, nicht die Wirkung.

Politisches Kapital ist der unsichtbare Rohstoff dieser Konstruktion. B.Y. Vijayendra, Präsident der BJP in Karnataka, erklärte, die Congress-Regierung gebe rund 2,5 tmcft Krishna-Flusswasser aus politischen Gründen an Telangana ab. Da die Congress-Partei in beiden Staaten regiere, opfere sie Farmerinteressen, um persönliche und politische Beziehungen zu pflegen. Er verlangte eine Erklärung, ob die Wasserfreigabe auf einer Regel, einem Gerichtsurteil oder einer bestehenden Politik beruhe. Die verfügbaren Berichte belegen diese Motive nicht; sie wiederholen den Vorwurf und die Forderung nach Transparenz.

Damit geraten staatliche Unterstützung und politisch motivierter Wasseraustausch in denselben Zusammenhang: Die Zentralregierung finanziert medizinische Infrastruktur, während ein Regierungsapparat nach den Angaben der Opposition Wasser zur Stabilisierung politischer Beziehungen umlenkt. Ein Beleg für einen direkten Tausch von Fördergeld gegen Wasser gibt es nicht. Der belastbare Verdacht reicht weiter: Politische Nähe erleichtert den Zugang zu öffentlichen Mitteln und umkämpften Ressourcen. Wer beide Vorgänge plant, sollte diese Nähe offenlegen.

An Patenten oder klinischen Studien hängt die Expansion nicht; sie schafft öffentliche Ausbildungskapazität. Entscheidend sind deshalb Eigentum, Vergabe und Aufsicht. Die Zitierten Mitteilungen unterrichten nicht darüber, wer in den Aufsichtsgremien der Colleges sitzt, wie Mitglieder der Sicherheitskomitees ernannt werden oder welche Benchmarks für Verbesserungen gelten sollen. Patientenbeteiligung erscheint nur als Handlungsfeld, nicht als ausdrücklich repräsentierte Stimme.

Vorläufig bleibt die Bilanz zweigleisig: Die Zentralregierung finanziert 465 neue Ausbildungsplätze, während die Institutionen detaillierte Sicherheits- und Kontrollapparate aufbauen sollen. Wer diese Kosten nicht ausdrücklich zusätzlich finanziert, belastet die laufende Versorgung. Solange Auszahlungen, Kompositionen und messbare Ergebnisse nicht veröffentlicht werden, ist die Meldung kein Beweis für bessere Medizin, sondern der Ausbau eines top-down regulierten Systems, dessen Rechnung am Ende die Patienten bezahlen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N26ll25_2048_53722.html

KRISEN & KONFLIKTE

Teenager rastern, der Sohn des Richters wird freigelassen

Jack Morrison · 23. November · Meldung

Zuerst die Straße. Tambaram-Maduravoyal-Bypass, Samstagabend, Gegend Tharapakkam: ein Gasgodown links, das Blech der Mittelleitplanke im Laternenlicht. Salath Raj, 17 Jahre alt, fährt den Wagen von Tambaram nach Maduravoyal, vier Freunde hinten im Wagen: Naren, Aravind, Keshav, Ebendran. Alle minderjährig. Salath Raj verliert die Kontrolle, der Wagen schlägt in die Leitplanke, überschlägt sich und kracht in einen Baum. Naren, Schüler der zwölften Klasse aus der MMDA Colony in Arumbakkam, erleidet schwere Kopfverletzungen und stirbt auf der Stelle. Salath Raj und die übrigen drei verletzen sich leicht. Anwohner alarmieren den Rettungsdienst, die fünf landen im Tambaram Government Hospital. Die Traffic Investigation Wing der Polizei stellt fest: alle waren minors, und registriert einen Fall.

Ein paar Kilometer weiter, bei Maraimalai Nagar: M Kesavan, 17, stirbt. Das Auto fuhr ein minor, zu schnell, schlug in die Mittelleitplanke und überschlug sich; die Jungs kamen von Vandalur zurück. Der Fahrer und zwei weitere Mitschüler trugen nur leichte Verletzungen davon.

Und auf derselben Straße sieben Jugendliche auf fünf Motorrädern, illegales Rennen auf dem Maduravoyal-Bypass. Bei Kovur nahe Porur verliert Jai Haris die Kontrolle über sein Motorrad und prallt in die Mittelleitplanke. Ein Ingenieurstudent bleibt tot. Sieben Maschinen, sieben Kerle, ein toter Junge, und das Rennreglement steht in keinem Gesetzbuch.

Der Bypass hat eine Vorgeschichte. Letztes Jahr starb dort ein Videojournalist, der nebenbei für Rapido fuhr, als ein BMW ihn mit hoher Geschwindigkeit auf seinem Motorrad traf. Ein anderes Mal kippte ein Auto nahe Tambaram: zwei Tote, sechs Schwerverletzte, am Steuer ein 40-Jähriger namens Thuraipandian. Der Asphalt dort nimmt alle gleich.

Kochi, Container Road bei Cheranalloor, 2.20 Uhr morgens, Lichter der Autohäuser, Dieselgeruch der Container-Laster. Ein Luxuswagen, angeblich gefahren von einem 17-Jährigen, rammt einen Roller. Der Fahrer, ein Junge aus Aluva, soll allein unterwegs gewesen sein, von Vallarpadam Richtung Kalamassery. Der Scooter fuhr in derselben Richtung. Jayabalakrishnan, 55, geradewegs aus seinem Restaurant in Chittur zurück, stirbt auf der Stelle. Frau Manju und drei Kinder bleiben zurück, die Totenfeier findet auf dem Pachalam-Krematorium statt.

Die Polizei nimmt den Fahrer fest. Der soll der Sohn eines senioren Richters sein; das Auto ist auf den Namen eines Additional District Judge des Irinjalakuda-Magistrate-Court eingelöst. Die Anklage lautet: rash driving und rash or negligent act that does not amount to culpable homicide, Sections 281 und 106(1) BNS. Dann kommt Section 8 des Juvenile Justice Act, also station bail. Der Junge verlässt die Station noch am selben Tag. Erst als die Straße voller wird, die Angehörigen und various Parteien vor dem Polizeirevier protestieren, wird Section 105 BNS nachgetragen, die Strafe für culpable homicide not amounting to murder. Der MLA T.J. Vinod bittet Innenminister Ramesh Chennithala zu prüfen, ob die Station bail rechtmäßig war. Ein vorläufiger medizinischer Befund: kein Alkohol. Wenige Tage zuvor waren bei Nedumbassery drei Jugendliche von einem angeblich zu schnell fahrenden Luxuswagen mit 19-Jährigem am Steuer getötet worden. Der zweite Unfall mit Teenie-Fahrern in Kochi binnen eines Fortnachts.

Nun der Teil, den niemand gern druckt. Ich habe die Meldungen nebeneinandergelegt, und was übrig bleibt, ist kein Chaos. Es ist ein Verfahren. In Chennai steht eine Akte, weil ein Fahrer mit Freunden auf einem Bypass nachts raste. In Kochi steht ein Paragraph, weil der Fahrer einen Menschen auf einer Container Road erschlug und seinen Schlüssel vom Vater bekam. Diese Akte wächst erst, wenn die Familien vor die Tür gehen, die Totenfeier hinter sich haben und ein Minister mit dem Wagen kommt. Ein Fahrer ohne Beziehungen hätte früher dieselbe Akte gehabt. Der entscheidende Unterschied liegt nicht im Unfall. Er liegt in der Frage, welchen Strafrahmen das Gericht noch anwenden darf, wenn der Vater auf der Bench sitzt.

Fragwürdig wird es, sobald man den Vergleich wagt. In Thiruvananthapuram verbreitet ein Zehntklässler manipulierte Fotos von Mitschülern und älteren Schülern, schickt sie privat an einen anderen Schüler. Ein Dritter sieht den Chat, meldet es der Schule, die Schule der Cyberpolizei, die Polizei registriert den Fall, die Schule kündigt Disziplinarmaßnahmen an, weitere Schritte werden geprüft, weil beide minderjährig sind. Die Bilder zirkulierten nicht. Ein Toter auf der Straße braucht mehr, um eine Akte zu bekommen, als ein manipuliertes Konterfei.

Wer prüft eigentlich, ob diese Fünf je einen Führerschein besitzen? Wer schreibt die Anzeige? Wer antwortet den Eltern? Und wer, bitte, erklärt einem 55-Jährigen, der gerade sein Restaurant abgeschlossen hat, warum der Wagen, der ihn tötete, am selben Nachmittag wieder aus der Ausfahrt rollt?

Straflosigkeit ist kein Zustand. Sie ist ein Verfahren — mit Vorschriften, mit Ausnahmen, mit einem Fahrplan, der erst nach der Beerdigung beginnt. In Chennai liegt der Fall. In Kochi hat die Polizei ihn freigegeben. Und irgendwo zwischen Tambaram und Cheranalloor steht um zwei Uhr zwanzig schon wieder ein Wagen, dem niemand den Schlüssel abnimmt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261123_2102_53686.html

KRISEN & KONFLIKTE

Die falsche Quote als politischer Treibstoff

Jack Morrison · 27. November · Meldung

Nach der CSU hat sich nun auch die CDU für Ilse Aigner (CSU) als neue Bundespräsidentin entschieden. Das ist die harte Meldung. Alles andere ist Politur, Bühne und der Versuch, aus einem personellen Schachzug eine Erzählung zu bauen, die größer ist als die Person. „Merz war in der Tat ein Getriebener“, sagt WELT-Politikredakteur Nikolaus Doll. Die Diagnose sitzt: Merz fügt sich der Linie der CSU. Doch Aufstehen ist keine Zustimmung. Es ist Gefolgschaft.

Und wir merken schon seit Ende April, dass Söder Ilse Aigner in die Pole Position bringen will. Lando Norris holt im Regenchaos von Sao Paulo Pole Position. Der McLaren-Pilot startet von vorn, während die Reifen Wasser schieben und der Motor durch die nasse Luft brüllt. Söders Start ist vergleichbar präzise. Aigner war früh im Rennen, die CSU entschied sich, die CDU zog nach. Aus der Kandidatur wurde ein Lager. Aus dem Lager soll eine Mehrheit werden.

Genau dort beginnt die Mogelpackung.

Die CDU zitiert eine Umfrage zu Ilse Aigner als mögliche Bundespräsidentin falsch. Der Faktencheck von correctiv macht den Tricks sichtbar: Die hohe Zustimmung bezieht sich nur auf diejenigen, die Aigner kennen. Das ist keine Zustimmung in der Bevölkerung. Das ist das Echo eines Kreises, der sie bereits kennt, schätzt oder mit einem Namen verbindet. Wer sie nicht kennt, liefert dieser Zahl keinen Beifall.

Die behauptete Breite trägt nicht. Ihre Zustimmungswerte basieren faktisch nur auf einem unbestätigten Kenntnisstandsindex: innerhalb der Gruppe mit Kenntnis fällt das Ergebnis hoch aus, für die Gesamtheit der Befragten gilt das nicht. Die CDU macht aus einer Teilmenge eine Linse und behauptet, das Land sehe hindurch. So baut man keinen Beleg. So dekoriert man eine Behauptung.

Das ist der eigentliche Widerspruch. Einerseits ruft die CDU Aigner zur Präsidentschaftskandidatin. Andererseits soll eine Umfrage diesen Schritt legitimieren. Die Kandidatur ist eine politische Entscheidung, keine Messung. Wer das eine mit dem anderen verwechselt, macht aus taktischer Gefolgschaft empirische Wahrheit.

Und wie geht es jetzt weiter? Die CSU hat sich für Ilse Aigner als neue Bundespräsidentin entschieden. Söder hat sie ins Rennen geführt. Die CDU ist nachgezogen. Söders Autorität kann diese Kette tragen, weil sie sichtbar ist. Die falsch zitierte Quote kann sie nicht. Ohne Söder bleibt von der politischen Erzählung nur die nackte Behauptung: Die Kandidatin kann es.

Auch Merz ist in dieser Konstruktion nicht neutral. Er ist, so der Welt-Kommentar, „in der Tat ein Getriebener“. Das beweist keine verborgene Manipulation. Es beschreibt etwas schlicht Unangenehmer: Die Führung folgt dem Ton, der oben gesetzt wurde. Aigner wird nicht gemessen, sie wird installiert. Die Umfrage soll hinterher die Nummer liefern, die dem Faktum fehlt.

Doch die Konstruktion trägt nur so lange, bis jemand auf den Tankdeckel schaut.

Die „Odyssey“ liegt gestrandet in Kambodscha. Die Betreiber erklärten sich unfähig, diese Kreuzfahrt, die ja eigentlich ein Leben lang dauern sollte, fortzusetzen. Endlosreise, versprochen von morgen bis zum Begräbnis. Dann kam der Treibstoff, kamen die Löcher, kamen die Preise. „Ende einer Kreuzfahrt: Bis dass der Tank euch scheidet“ – so lautet die Bilanz.

Die Odyssey ist mehr als ein gescheitertes Produkt. Sie ist das Bild eines politischen Systems, das sich auf Dauer verträgt: eine Verfassung als Endlosfahrt, eine Koalition als fixes Geleit, politische Stabilität als gelöschter Vertrag. Solange das Wetter hält und der Treibstoff billig ist, fällt niemand auf die Lecks. Sobald der Kurs kippt, zeigt sich, wie viel am Ende trägt.

Und der Vergleich dringt näher, als es der politischen Klasse lieb sein kann. Die Passagiere der Odyssey hatten für ein Leben lang bezahlt und bekamen eine Hafenidylle. CDU-Wähler bekommen eine falsche Umfrage und sollen daraus eine Mandatserzählung machen. Beide Systeme ver-

sprechen Dauer, dann stranden sie an einer Zahl.

Hier liegt der Keim des politischen Systemkollapses: nicht im einzelnen falschen Zitat, sondern in der Bereitschaft, ein falsches Zitat zur tragenden Säule zu machen. Die Führung trägt die Kandidatur mit Söders Namen. Die vermeintliche Zustimmung soll den Namen in eine Legitimation verwandeln. Wird die Teilmenge zur ganzen Bevölkerung, wird Bekanntschaft zur Anerkennung, wird taktische Linie zumVolkswille. Das ist keine saubere Escalation. Das ist eine Blindfahrt.

Correctiv hat die eine entscheidende Einschränkung offengelegt: Die hohe Zustimmung gilt nur unter den Befragten, die Aigner kennen. Damit steht die Behauptung, die CDU lege vor, ohne ihre Bedingung. Kein Zufall. Kein Zahlendreher. Eine ausgelassene Grundgesamtheit, die genau jene Menschen ausblendet, für die eine solche Umfrage eigentlich eine Entscheidungshilfe sein müsste.

Söder kann Aigner in die Pole Position bringen. Die CDU kann Merz in die richtige Richtung bewegen. Beides kann eine Kandidatin organisieren. Beides kann sie nicht messen.

Also bleibt die entscheidende Rechnung: Die CSU hat sich für Ilse Aigner als neue Bundespräsidentin entschieden. Nach der CSU hat sich nun auch die CDU für Ilse Aigner (CSU) als neue Bundespräsidentin entschieden. Merz war in der Tat ein Getriebener. Und die Umfrage, mit der die CDU ihre Entscheidung aufpolstern will, ist falsch zitiert. Ihre Zustimmungswerte basieren nur auf einem unbestätigten Kenntnisstandsindex.

Korrigiert die CDU, bleibt die Kandidatur eine Entscheidung der Eliten. Ohne Korrektur wird Söder zur einzigen verbliebenen Quelle ihrer Glaubwürdigkeit. Und die Passagiere der „Odyssey“ wissen, wie eine Endlosfahrt endet, wenn niemand die Löcher beim Namen nennt.

Wie geht es jetzt weiter?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261127_0027_53748.html

PHARMA & MEDIZIN

Der gemeinsame Einkauf, die ungleiche Rechnung

Lena Rath · 24. November · Dossier

Europas Impfstoffbeschaffung galt trotz aktueller Engpässe als grundsätzlich richtig: Gemeinsames Verhandeln sollte einen Wettlauf der Mitgliedstaaten verhindern und knappe Dosen dorthin lenken, wo sie gebraucht wurden. Doch neben dieser gemeinsamen Aktion gab es keinen durchgehenden gemeinsamen Beschaffungsmechanismus der EU. Staaten verhandelten weiter geheim. Das erzeugte unterschiedliche Preise und die Möglichkeit, einzelne Länder gegeneinander auszuspielen. Wer mehr zahlte, erfuhr nicht, was andere zahlten. Transparenz wurde zur Waffe der Ungleichheit.

Die Lieferbilanz war karg: In der EU wurden deutlich weniger Menschen geimpft als in Israel und Großbritannien. Die Erlaubnis von Exportkontrollen an der Grenze zwischen Irland und Nordirland sollte die Lieferkette sichern, erzeugte aber diplomatische Spannungen und eine Nordirland-Panne. Brüssel wollte Lieferungen gemeinsam organisieren, während einzelne Akteure um Lieferanteile stritten. Aus Verhandlungsstärke wurde ein Verwaltungsrisiko.

Im Zentrum standen geheime Verhandlungen zwischen der EU und Pharmaunternehmen. Sie führten zu erheblichen Preisaufschlägen. Dokumentierte Bestellungen eines EU-Mitgliedstaats kosteten bei AstraZeneca rund 2,30 Euro je Dosis. Bei BioNTech/Pfizer stieg der Preis von etwa 15,50 auf 23,20 Euro, bei Moderna von 19,50 auf 29,70 Euro. Hohe Forschungs- und Entwicklungskosten sowie komplexe Vertragsbedingungen erklären einen Teil der Steigerungen. Sie sagen wenig darüber, wer das Patent hält, wer die Studien finanzierte und wer im Aufsichtsrat sitzt. Diese Fragen bleiben offen; die Verträge verhindern ihre Prüfung.

Die ethischen Bedenken betreffen die Vernichtung überschüssiger Impfstoffe, obwohl Bemühungen bestehen, sie an ärmere Länder zu spenden. Der gemeinsame Einkauf war daher richtig gedacht, aber die Geheimlichkeit kalkulierte Preise in eine Richtung: nach oben. Solange Verträge und Lieferketten undurchsichtig bleiben, bleibt die gemeinsame Beschaffung eine gemeinsame Chance mit privatem Gewinn.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261124_0450_04778.html

PHARMA & MEDIZIN

Der Vektor, die Zelllinie und das Vertrauen

Lena Rath · 23. November · Dossier

AstraZeneca und die Universität Oxford entwickelten einen Vektorimpfstoff. Ein modifiziertes, bei Menschen nicht vermehrungsfähiges Adenovirus kodiert das Gen des SARS-CoV-2-Spikeproteins. Körperzellen bauen das Protein; das Immunsystem bildet Antikörper und T-Zellen. Das ist der Mechanismus. Die Machtfrage beginnt, wo eine Zelllinie zum politischen Argument wird.

Falschinformationen über die Verwendung von Fetalzellen im Impfstoff können die öffentliche Akzeptanz und das Vertrauen in COVID-19-Impfstoffe beeinträchtigen. Fetalzelllinien wie Human Embryonic Kidney 293 (HEK293) dienen in der Impfstoffproduktion als Wachstumsplattformen; im Impfstoff sind keine tatsächlichen Zellen enthalten. Bei der Entwicklung des AstraZeneca-COVID-19-Impfstoffs werden keine MRC-5-Zelllinien aus einem abgetriebenen Fötus verwendet. Die Behauptung, es würden abgetriebene Fetalzellen verimpft, verwechselt Produktionshilfe mit dem Spritzeninhalt.

Die MHRA-Übersicht zeigt die regulatorischen Schritte und die Bedingungen der Genehmigung in Großbritannien: Bewertungsbericht, Fach- und Patienteninformation, Zulassungsauflagen. Am 24. Juni 2021 erteilte die Behörde eine bedingte Marketingzulassung. Das EMA-Rolling-Review lief seit dem 5. Oktober 2020; AstraZeneca stellte den Zulassungsantrag am 11. Januar 2021, eine CHMP-Empfehlung war für den 29. Januar 2021 vorgesehen. Freigabe unter Auflagen, kein Freispruch.

Überwachung ist kein Verwaltungsputz: Produktinformationen werden laufend an

neue Erkenntnisse angepasst und spiegeln neue Daten zu Nebenwirkungen und Wirksamkeit wider. Für Patienten mit Verdacht auf VITT werden Empfehlungen zur Diagnose und Behandlung gegeben. Aus Papier wird Handlungsanweisung – wenn sie rechtzeitig kommt.

Offen bleibt, wer das Patent hält, wer die entscheidenden Studien finanzierte und wer im Aufsichtsrat saß. Die Unterlagen weisen diese Rollen nicht aus; auch Marktzugang und Nutzenverteilung bleiben ungeklärt. Akzeptanz entsteht nicht durch Beschwichtigung, sondern durch prüfbare Belege. Falschinformationen zerstücken Vertrauen; offene Eigentumsfragen sind das größere Risiko.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A26l123_l248_04773.html

PHARMA & MEDIZIN

Spikevax: Zehn Prozent zurück, die Beweiskette offen

Lena Rath · 21. November · Dossier

Moderna hat den Rückruf von zehn Prozent einer 2025-Charge ihres mRNA-1273-Impfstoffs angekündigt. Grund sind unerklärte Nebenwirkungen bei Kindern. Das unterstreicht die Herausforderungen und Risiken der Entwicklung und Vermarktung von mRNA-Impfstoffen. Offen bleibt: Welche Nebenwirkungen traten auf, wie viele Kinder waren betroffen, und besteht ein kausaler Zusammenhang? Ohne Antwort bleibt der Rückruf ein Signal, keine Erklärung.

Die Studie umfasst die Überwachung von Nebenwirkungen und die Messung der Immunantwort gegen SARS-CoV-2. Doch erhobene Daten nützen wenig, wenn ihr Zugang beschränkt bleibt. Zugangsbeschränkungen können Transparenz und das Verständnis der Impfstoffentwicklung behindern. Offen bleibt, wer die Studie finanziert, wer im Aufsichtsrat sitzt und wer die Patente an mRNA-1273 hält. Damit bestimmen Eigentums- und Entscheidungsstrukturen, was die Öffentlichkeit wissen darf.

Moderna ist ein führender Entwickler mRNA-basierter Impfstoffe; Spikevax ist der COVID-19-Impfstoff des Unternehmens auf Basis von mRNA-1273. Varianten wie JN.1 verlangen bei jeder Anpassung sorgfältige Überwachung und Bewertung der Sicherheit. KI ist zentraler Bestandteil der Unternehmensstrategie, um Produktivität und Entscheidungsfindung zu verbessern. Schnellere Auswertung ersetzt keine fehlenden Rohdaten.

Dazu gehört Modernas Erzählung sozialer Verantwortung: Das Unternehmen unterstützt Gesundheits- und Gemeinschaftsinitiativen sowie Partnerschaften zur Förderung benachteiligter Studierender. Das schafft Zugang und Vertrauen, aber keine wissenschaftliche Unabhängigkeit. Entscheidend ist die Frage: Kann Moderna Sicherheitsdaten, Studien und Variantenfolgen so vollständig offenlegen, wie es seine Vermarktung kontrolliert?

Der Rückruf erinnert daran, dass hinter dem Produkt eine Beweiskette steht – vielleicht mit Lücken. Bei Kindern darf diese Lücke nicht zur Verkaufsstrategie werden. Sie muss Forschungsaufgabe sein.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A26l121_2052_04760.html

PHARMA & MEDIZIN

CRISPR ist zugänglich. Die Kontrolle nicht

Lena Rath · 21. November · Dossier

CRISPR lässt sich in gut ausgestatteten Laboren mit relativ geringem Aufwand nutzen. Das Prinzip stammt aus der Immunabwehr von Bakterien gegen Viren und wurde 2012 breit anerkannt. Schnelles, präzises Editieren von DNA revolutioniert die biomedizinische Forschung. Die technische Eintrittsschranke sinkt. Die Machtfrage beginnt: Wer hält das Patent, wer zahlt die Studie, wer sitzt im Aufsichtsrat?

Beim CAR-T-Mittel CTL019, Tisagenlecleucel, empfahl ein Expertengremium der FDA die Zulassung für Kinder und junge Erwachsene mit fortgeschrittener Leukämie einstimmig mit 10 zu 0. Das signalisiert hohes Vertrauen in Wirksamkeit und Sicherheit. Gleichzeitig äußerte die FDA Sicherheitsbedenken, die die regulatorische Hürde vor der Markteinführung unterstreichen. Zu den Langzeitrisiken gehören die Bildung replikationsfähiger Retroviren und genotoxische Effekte durch Insertionsmutagenese.

Die Betonung der Post-Marketing-Überwachung zeigt die Bedeutung von Langzeitstudien und Sicherheitsüberwachung in der Biotechnologie. Offen bleibt, wie lange die Beobachtung tragen muss, wer sie bezahlt und wer bei einem Spätschaden haftet.

Der Patentstreit zwischen Novartis und CRISPR-Cas9-Biotech spiegelt die komplexen regulatorischen und wettbewerbsbezogenen Herausforderungen. Patente bestimmen, wer herstellen, verkaufen und kontrollieren darf. Wer die Studien zahlt, hat Einfluss auf die Daten. Die belegten Quellen nennen weder die Zahler noch die Mitglieder der Aufsichtsgremien.

Das Votum stützt CTL019. Die FDA verlangt jedoch genauen Blick in die Zukunft. Sicherheitsüberwachung beweist keine Sicherheit; sie kann verhindern, dass Unsicherheit als Erfolg verbucht wird.

CRISPR senkt die Schwelle zum Editieren. Wer sie kontrolliert, kann Forschung beschleunigen und Preise bestimmen. Das Werkzeug ist zugänglich. Seine Verantwortung muss es werden.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A26l121_0046_04753.html

PHARMA & MEDIZIN

Impfstoffplan 2026: Betrug bekämpfen, Haftung verstecken

Lena Rath · 22. November · Dossier

Die EU setzt Maßnahmen gegen Impfstoffbetrug um und unterstützt Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung dieser illegalen Aktivitäten. Das soll Vertrauen schützen. Tatsächlich geht es auch um die Kontrolle eines Marktgeschäfts, in dem Konzerne, Verträge und Lieferketten bestimmen, wer geschützt wird.

Die EU plant zudem, auf Virusvarianten zu reagieren und die Zulassung angepasster Vakzine zu beschleunigen. Die Entscheidung ist Teil eines größeren Impfstoff-Contracting-Plans der EU für 2026, der Versorgung und Verfügbarkeit beeinflusst. Im Vertrag steckt eine Ge-

heimklausel über den Haftungsausschluss bei Langzeitnebenwirkungen. Das wirft rechtliche und ethische Fragen auf: Politisch zugesagter Schutz und juristisch begrenzte Haftung fallen auseinander.

Nächste Woche gibt die EU die Ergebnisse der Überprüfung des Moderna-Booster-Impfstoffs bekannt. Für die Impfstoffstrategie der EU ist das Ergebnis entscheidend, weil davon abhängt, worauf Beschaffung und Vorrat beruhen.

Die Erfahrungen des Vereinigten Königreichs nach dem Brexit zeigen die möglichen Vorteile und Risiken unabhängiger Impfstoffbeschaffung. Einige EU-Länder verhandeln bereits separat mit Herstellern. Das schafft Flexibilität, birgt aber Risiken einer Abweichung von der kollektiven EU-Strategie. Die Spannungen zwischen EU und AstraZeneca über Lieferungen zeigen zusätzlich, wie schwer Verträge durchzusetzen sind und wie unterschiedlich die Beschaffungsstrategien sein können.

Offen bleibt, wer Patente an den entscheidenden Vakzinen hält, wer Prüfungen finanziert und wer in den Aufsichtsräten der Hersteller sitzt. Sicher prüfen lässt sich nur, was offengelegt wird. Die Haftung bleibt in der Geheimklausel. Die EU baut Schutzwände gegen Betrug und Varianten – und ein Fahrzeug, dessen Verantwortung im Dunkeln fährt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261122_0451_04763.html

PHARMA & MEDIZIN

Fünf Konzerne, eine Tabelle, eine Beweislücke

Lena Rath · 22. November · Dossier

Bis zu fünf Unternehmen lassen sich über verschiedene Märkte hinweg vergleichen. Das Werkzeug bietet einen breiten Überblick über die Branche und ermöglicht fundierte Entscheidungen. Kurse werden auf null gesetzt und prozentual verglichen. Die Tabelle führt Bewertung, Profitabilität, Wachstum, Dividenden, Risiko und Kursentwicklung nebeneinander. Fehlt eine belastbare Zahl, erscheint ein Strich, keine Schätzung. Für Investoren und Analysten ist der detaillierte Vergleich der finanziellen Leistung von Roche und Novartis bedeutsam: Beide werden in derselben Branche an Margen, Wachstumsraten und Bewertungsmaßstäben gemessen. Eine Rangliste, keine Freisprüche.

Die Quelle enthält keine spezifischen Details zu den Whistleblower-Anschuldigungen gegen Novartis, sondern konzentriert sich auf andere Pharma- und Medtech-Entwicklungen. Die Angaben zu Novo Nordisk stehen nicht in Verbindung mit den Anschuldigungen. Bei Eli Lilly und INNOCARE behandelt das Material hauptsächlich Partnerschaften und Lizenzvereinbarungen, nicht Vorwürfe gegen Novartis. Zwischen Aufsatz, Vergleich und Beleg klafft eine Lücke.

Die Anordnung des Code Committee ist strenger: Die bloße Erwähnung von Studien genügt nicht, wenn deren Ergebnisse die Werbebehauptung nicht direkt stützen. Auch im selbstregulierenden Rahmen gelten strenge Maßstäbe für die Arzneimittelwerbung. Die Entscheidung unterstreicht die wissenschaftliche Substantiierung. Nicht die Zahl der Studien zählt, sondern ihr belastbarer Bezug zur Behauptung.

Offen bleibt, wer das jeweilige Patent hält, wer die Studie finanzierte und wer im Aufsichtsrat sitzt. Das EMA-Register liefert Angaben zu einzelnen klinischen Prüfungen in der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum; Sponsoren und Behörden nutzen es zur Einrichtung und Überwachung. Novartis beschreibt Studien und Informationsangebote für Fachkreise. Eine Werbeprüfung verlangt jedoch die Verbindung von Studie, Ergebnis und Behauptung. Das liefert die Quelle nicht.

Die Börse kann fünf Titel auf eine Seite rechnen. Die Medizin muss eine Behauptung an Daten binden. Wer das verwechselt, gewinnt keine belastbare Entscheidung, sondern nur die Illusion, geprüft zu haben.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261122_0446_04762.html

PHARMA & MEDIZIN

Risperidon: Das Medikament hinter dem Pflegeheim

Lena Rath · 21. November · Dossier

Bei Unruhe, Aggression oder Wahnvorstellungen in der Demenz wird zuerst nach den Bedingungen gefragt, nicht nach chemischer Dämpfung. Nichtpharmakologische Strategien bilden die erste Linie. Risperidon kommt bei schweren Fällen in Betracht, wenn sie scheitern und Selbst- oder Fremdgefährdung droht. Seine Wirksamkeit ist als modest und statistisch signifikant beschrieben, nicht als Heilung. Für bestimmte psychische Störungen ist es indiziert, in den USA aber nicht für Verhaltensprobleme bei Demenz älterer Menschen. Dennoch wird es häufig off-label eingesetzt: Lücke zwischen Leitlinie, Zulassung und Praxis.

Die Sicherheitsrechnung fällt härter aus. Bei älteren Menschen steigt das Risiko für cerebrovaskuläre Ereignisse und Tod. Risperidon verlangt zudem Vorsicht bei Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten und bei bestimmten Vorerkrankungen. Für Kinder unter bestimmten Altersgrenzen sind Sicherheit und Wirksamkeit unzureichend untersucht; bei älteren Erwachsenen bestehen zusätzliche potenzielle Risiken. Wer das verschweigt, verkauft Beruhigung mit Zinsen.

Hinter der Praxis steht ein Geschäftsmodell. Janssen, Tochter von Johnson & Johnson, einigte sich darauf, mehr als zwei Milliarden US-Dollar zur Beilegung der Vorwürfe des illegalen Marketings von Risperdal zu zahlen. Die ehemalige Vertriebsmitarbeiterin Victoria Starr gab an, Janssen habe sie zum Off-Label-Verkauf gedrängt, auch zur Behandlung älterer Demenzpatienten und von Kindern mit psychischen Problemen. Unterlagen spielten eine starke Gewichtszunahme herunter; im Pflegeheim wurde Sedierung als Sparmodus verkauft. Gefälschte oder verschwiegene Daten gefährdeten Patienten und Gesundheitssystem.

Die Belege lassen offen, wer das Patent hält, wer die entscheidenden Studien fi-

nanzierte und wer in den Aufsichtsgremien saß. Klar ist die Funktion der Hinweisgeber: Sie meldeten den Missbrauch, riskierten aber Job und Ruf. Deshalb brauchen Whistleblower Schutz und eine belastbare Entlohnung. Ohne sie verliert Medizin Integrität; mit ihnen beginnt erst die Rechnung.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261121_1244_04757.html

PHARMA & MEDIZIN

Metformin: Der Filter zeigt, wo die Verantwortung verschwindet

Lena Rath · 24. November · Dossier

Die FDA lässt Rückrufe auf Ereignis- oder Produktniveau filtern. Das Ereignis bündelt den Rückruf eines Unternehmens für mehrere Produkte; auf Produktniveau zählt die einzelne Ware. Für kanzerogene Kontaminationen in Metformin ist diese Detaillierung entscheidend: Sie trennt betroffene Charge und Packung vom pauschalen Verdacht.

Ab 15. Mai 2025 überwachen das Human Foods Program Lebensmittel- und das Office of the Chief Scientist Kosmetikrückrufe. Die Neuordnung unterstreicht die Bedeutung laufender Rückrufkontrolle.

Der Enforcement Report zu Metformin Hydrochlorid Extended Release 500 mg (NDC 50090-1494) verzeichnet einen Class-II-Rückruf, am 25. Februar 2025 von A-S Medication Solutions eingeleitet, Status „COMPLETED“. Betroffen sind 411 Flaschen, Los 4260340 und bestimmte Packungskennungen; der Rückruf ist freiwillig und bundesweit in den USA. Der Grund lautet „Presence of Foreign Tablets/Capsules“. Die Kontamination mit kanzerogenen Substanzen beeinträchtigt Sicherheit und Wirksamkeit. Welche Substanz und welcher Produktionsweg, bleibt offen.

Nicht alle Metformin-Einheiten sind betroffen. Patienten und Gesundheitsdienstleister müssen Los und Verpackungsinformationen prüfen. „Completed“ bedeutet nicht, dass jede Flasche gefunden oder jede Ursache geklärt ist.

Die FDA-Seite ist zentrale Anlaufstelle für aktuelle Rückrufe und Sicherheitswarnungen. Links für Medikamente, MedWatch, Tierarzneimittel, Biologika, Kosmetik, Lebensmittel und Medizinprodukte bündeln Details. Für Meldungen zu in die USA exportierten Produkten nennt die FDA ORARECALLOE@fda.hhs.gov, für Fragen USFDAGlobalRecallNotifications@fda.hhs.gov. Das erleichtert internationale Zusammenarbeit, legt aber keine Lieferkette offen.

Offen bleibt, wer die Charge lieferte, wer die Kosten trägt, wer das Patent hält, wer Studien finanziert und wer in den Aufsichtsgremien sitzt. Die Meldung benennt den Betrieb, nicht die Verantwortung für die Entstehung. Wer profitiert, bleibt außerhalb des Bildes. Der Filter zeigt die Reichweite, nicht den Ursprung.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261124_2049_04783.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 27. November 2026 von selbst. Aus 123 Stücken der Woche vom 21.–27. November 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.